S 33 KR 306/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Köln
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	33
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 33 KR 306/18
Datum	06.03.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Klage wird abgewiesen. Die Kosten werden der Klägerin auferlegt.

Tatbestand:

Streitig ist, die Höhe der festgesetzten Künstlersozialabgabe für die Jahre 2015 und 2016. Die Klägerin vertritt die Auffassung, dass die an ausländische Künstler gezahlten Entgelte nicht abgabepflichtig sein.

Die Klägerin ist eine international tätige Galerie mit Standorten in L und C.

Nachdem die Klägerin am 23.03.2019 abgabepflichtige Entgelte i.H.v. 609.500 EUR für das Jahr 2015 gemeldet hatte, stellte die Beklagte mit Bescheid vom 31.08.2016 fest, dass eine Künstlersozialabgabe entsprechend der gemeldeten Entgelte nach dem Satz von 5,2 % i.H.v. 31.694 EUR zu zahlen ist.

Für das Jahr 2016 meldete die Klägerin abgabepflichtige Entgelte i.H.v. 853.330 Euro, woraufhin die Beklagte mit Abrechnungsbescheid vom 03.07.2014 für das Jahr 2016 eine Künstlersozialabgabe i.H.v. 44.393,96 EUR festsetzte.

Gegen beide Bescheide erhob die KlÄgerin fristgerecht Widerspruch. Sie fÄhrte aus, ein GroÑteil der Entgelte werde fÄr KÄnstler im Ausland gezahlt. Es handele sich um Werke, die von auslÄndischen KÄnstlern im Ausland hergestellt worden seien und durch auslÄndische KÄufer direkt beim KÄnstler im Ausland angefragt oder von den KÄnstlern explizit fÄr den Verkauf im Ausland produziert worden seien. Eine Verwertung dieser Kunstwerke sei in Deutschland nicht mÄglich.

Mit Widerspruchsbescheid vom 06.02.2018 wies die Beklagte die WidersprÄche zurÄck. Sie fÄhrte aus, das Bundessozialgericht habe wiederholt entschieden, dass der KÄnstlersozialabgabe auch Entgelte unterlÄgen, die von einem inlÄndischen Verwerter an im Ausland ansÄssige KÄnstler fÄr dort entstandene kÄnstlerische Leistungen gezahlt wÄrden. Die Abgabepflicht umfasse auch Entgeltzahlungen an selbststÄndige KÄnstler ins Ausland. Sobald wenigstens eine VerwertungsmÄglichkeit im Inland bestehe und nicht ausgeschlossen sei, falle die Abgabepflicht an. Im Zusammenhang mit Kunstwerken bestehe grundsÄtzlich die MÄglichkeit der Verwertung im Inland. Eine Einbeziehung von Entgelten an im Ausland lebende KÄnstler rechtfertige sich insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Erreichung gleichmÄÑiger Wettbewerbschancen, eine Bevorzugung der im Ausland lebenden KÄnstler solle verhindert werden.

Hiergegen richtet sich die am 09.03.2018 erhobene Klage.

Die KlÄgerin verbleibt dabei, dass die Bescheide die falsche Bemessungsgrundlage enthielten. Es werde nicht danach differenziert, ob irgendein Inlandsbezug vorliege, der Äber den bloÑen Umstand hinausgehe, dass die KlÄgerin ihren Firmensitz in Deutschland unterhalte. Nicht abgabepflichtig seien insbesondere sogenannte Auftragsarbeiten, in denen beispielsweise ein Museum in R sich unmittelbar an eine in C geborene KÄnstlerin, die mit der KlÄgerin durch einen Galerievertrag verbunden sei, wandte und diese damit beauftragte, speziell fÄr das Museum ein Kunstwerk herzustellen. Dieses Kunstwerk sei dann von der belgischen KÄnstlerin erstellt und von ihr nach R geliefert worden. Als Entgelt an die KÄnstlerin habe die KlÄgerin 44.000 EUR gezahlt. Dieses Kunstwerk stehe generell nicht dem Kunstmarkt zur VerfÄgung, sondern werde von dem Museum konserviert. Bereits aus der Vereinbarung zwischen den Parteien ergebe sich, dass keine Inlandsverwertung mehr mÄglich sei.

Ferner seien auch AtelierverkÄufe nicht abgabepflichtig. Dabei werde ein Werk direkt aus dem Atelier des auslÄndischen KÄnstlers verkauft. Da der KÄnstler mit der KlÄgerin durch einen Galerievertrag verbunden sei, erhalte der KÄnstler sein Entgelt fÄr diesen Verkauf von der KlÄgerin. Auch hier wÄre die MÄglichkeit des Erwerbes durch einen InlÄnder rein theoretischer Natur, da die Werke des KÄnstlers bei den AtelierverkÄufen keinem groÑen Publikum zugÄnglich gemacht wÄrden. Erst in dem Moment, in dem das Werk verkauft werde, entstehe Äberhaupt eine Verpflichtung der KlÄgerin zur Zahlung eines Entgeltes an den KÄnstler. In derselben juristischen Sekunde des Verkaufes stehe aber zugleich fest, dass der entgeltpflichtige Vorgang (hier: Verkauf an einen

Ausländer) keine Berührung zum örtlichen Geltungsbereich des Künstlersozialversicherungsgesetz habe. Eine Verwertung im Inland sei daher ausgeschlossen. Das gleiche gelte auch für die dritte Fallgruppe, der sogenannten Ausstellungs- und Messeverkäufe. Hierbei würden Werke eines ausländischen Künstlers im Rahmen einer ausländischen Ausstellung oder Messe der Klägerin an ausländische Käufer verkauft. Auch diese Geschäftsvorfälle wiesen keinerlei Bezug zum Inland aus. Mit dem Verkauf bestehe keine Verwertungsmöglichkeit im Inland für die Klägerin. Allein die Möglichkeit, dass das Kunstwerk irgendwann einmal durch einen beliebigen Dritten, mit dem die Klägerin nichts zu tun habe, im Inland auf dem Zweitmarkt verwendet werden könne, löse keine Künstlersozialversicherungspflicht des Erstkaufes bei der Klägerin aus. Die Erstverwertung erfolge ohne jeden Inlandsbezug.

Die Künstlersozialversicherungspflicht würde auch deutsche Verwerter bei reinen Auslandsgeschäften gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten zusätzlich belasten und benachteiligen. Hierin liege faktisch ein Zwang, den Inlandswohnsitz ins Ausland zu verlagern.

Die Klägerin beantragt,

den Bescheid vom 31.08.2016 über die festgestellte Künstlersozialabgabe für das Jahr 2015 sowie den Bescheid vom 03.04.2017 über die festgestellte Künstlersozialabgabe für das Jahr 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 06.02.2018 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie ist der Auffassung, dass allen Verkäufen Verträge zugrunde liegen, die mit den Künstlern geschlossen seien. Insoweit handele es sich nicht um Auslandsgeschäfte, maßgeblich seien die Vertrags- und Geschäftsbedingungen der Klägerin. Die Abgabepflicht umfasse auch Entgeltzahlungen an ausländische Künstler für Werke, die im Ausland entstanden seien, wenn die Verwertung auch in der Bundesrepublik Deutschland erfolge oder wenigstens eine Verwertungsmöglichkeit im Inland bestehe. Dies könne bei gegenständlichen künstlerischen Werken angenommen werden, da diese jederzeit von einem Museum, einem Sammler oder einem anderen Galeristen im Inland verwertet werden könnten. Die Künstlersozialabgabe sei daher auch auf Honorare zu erheben, die an im Ausland lebende Künstler gezahlt würden, soweit die Möglichkeit der Verwertung im Inland bestehe.

Die Beteiligten haben ihr Einverständnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung erklärt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der beigezogenen Verwaltungsakte verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Die Klägerin ist nicht beschwert im Sinne des [Â§ 54 Abs. 2 S. 1 SGG](#), denn die angefochtene Bescheid über die Höhe der Künstlersozialabgabe für die Jahre 2015 und 2016 sind rechtmäßig.

Die Beklagte hat zu Recht die Künstlersozialabgabe auch für die Auslandshonorare erhoben. Unstreitig ist die Klägerische Galerie ein abgabepflichtiges Unternehmen gemäß [Â§ 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 KSVG](#).

Die von der Klägerin an im Ausland ansässige Künstler für die dort entstandenen künstlerischen Leistungen gezahlten Entgelte (Auslandshonorare) unterliegen der Abgabepflicht nach [Â§ 25 KSVG](#). Danach sind Bemessungsgrundlage die Entgelte unter anderem für künstlerische Werke oder Leistungen (nachfolgend: Kunstwerke), die ein nach [Â§ 24 Abs. 1 oder 2 KSVG](#) zur Abgabe Verpflichteter im Rahmen der dort aufgeführten Tätigkeiten an selbständige Künstler zahlt, auch wenn diese selbst nach diesem Gesetz nicht versicherungspflichtig sind.

Entgelte in diesem Sinne ist auch der Preis, der dem Künstler aus der Veräußerung seines Werkes im Wege eines Kommissionsgeschäftes für seine eigene Leistung zusteht ([Â§ 25 Abs. 3 S. 1 KSVG](#)). Dies gilt entsprechend, wenn eine Galerie den Vertrag im Namen des Künstlers mit einem Dritten oder im Namen des Dritten mit dem Künstler abgeschlossen hat ([Â§ 25 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 KSVG](#)) oder den Künstler an einen Dritten vermittelt und für diesen dabei Leistungen erbringt, die über ein Gelegenheitsnachweis hinausgehen ([Â§ 25 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 KSVG](#)), es sei denn, der Dritte ist selbst zur Abgabe verpflichtet ([Â§ 25 Abs. 3 S. 2](#) letzter Halbsatz KSVG).

Da die jeweiligen Künstler mit der Klägerin über den Galerievertrag verbunden sind, sind die Voraussetzungen des [Â§ 25 Abs. 3 KSVG](#) erfüllt.

Die Abgabepflicht umfasst einschränkungslos auch Entgeltzahlungen an selbständige Künstler ins Ausland (vergleiche BSG Urteil vom 20.07.1994, Az. [3/12 RK 63/92](#)). Dieses Ergebnis beruht auf dem Gesetzeszweck des Künstlersozialversicherungsgesetzes, mit dem die besondere Solidaritäts- und Verantwortungsbeziehung zwischen Künstlern und Verwertern realisiert werden sollte. Die Belastung der Vermarkter mit der Künstlersozialabgabe zur Finanzierung eines Teils der Kosten der Sozialversicherung selbständiger Künstler und Publizisten sollte ihre Rechtfertigung in dem besonderen kulturgeschichtlich gewachsenen Verhältnis zwischen selbständigen Künstlern und Publizisten auf der einen sowie den Vermarktern auf der anderen Seite finden. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Verhältnis eine besondere Verantwortung der Vermarkter für die soziale Sicherung der selbständigen Künstler gesehen, ähnlich die der Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer (vergleiche BVerfGE 75,100 8,159). Hierdurch sollen Wettbewerbsverzerrungen

vermieden werden. Für die Entstehung der Abgabepflicht kommt es allein auf die Typik des Unternehmens im Sinne von [Â§ 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 KSVG](#) an.

Das Bundessozialgericht hat allerdings die Bemessungsgrundlage von [Â§ 25 Abs. 1 S. 1 KSVG](#) in der Entscheidung vom 18.09.2008, Aktenzeichen [B 3 KS 4/07 R](#) einschränkend dahingehend ausgelegt, dass die Belastung des Honorars für Künstler mit der Künstlersozialabgabe nicht für Entgelte an ausländische Künstler für im Ausland erbrachte Leistungen gilt, deren Verwertung in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen ist. Denn Auswirkungen auf den inländischen Kunstmarkt haben ausschließlich im Ausland verwertete künstlerische oder publizistische Leistungen ausländischer Künstler oder Publizisten nicht; eine Verzerrung der Wettbewerbssituation im Inland finde insoweit nicht statt. Hierbei handelte es sich um solche Entgeltanteile, die eine deutsche Gastspielführung als professionelle Vermarkterin für Auftritte von Künstlern ausschließlich in Italien gezahlt hatte. Da diese Entgeltanteile keinen denkbaren Bezug zu einer Verwertung künstlerischer Leistungen im Inland hatten, war eine Verwertung der Kunst im Inland von vornherein ausgeschlossen.

Ein derartiger Verwertungsausschluss im Inland kann in den hier streitgegenständlichen Fall und insbesondere weder bei den sogenannten Auftragsarbeiten, noch bei Atelierverkäufen oder Ausstellungs- und Messeverkäufen angenommen werden. Vorliegend ist bereits bedeutsam, dass die Klägerin als in Deutschland ansässige Galerie national und international tätig ist und Kunstwerke und nicht etwa Dienstleistungen in Form von künstlerischen Darbietungen vermittelte. Damit bietet die Galerie die künstlerischen Werke jedenfalls auch deutschen Interessenten an. In einem solchen Fall liegt bereits kein Auslandsgeschäft vor, das Anlass zu Überlegungen für Einschränkungen zur Bemessungsgrundlage der Künstlersozialabgabe geben könnte (vergleiche BSG Urteil vom 28.03.2019, [B 3 KS 1/18 R](#)).

Vielmehr war hierdurch eine Verwertung der Werke und Leistungen ausländischer Künstler auch im Inland durchaus möglich. Soweit allein die theoretische Möglichkeit einer im Rahmen der abgabepflichtigen Tätigkeit erfolgenden Verwertung oder Nutzung auch im Inland besteht, sind bereits alle Aufwendungen zur Erlangung dieser Möglichkeit von der Abgabepflicht erfasst. Nicht zu prüfen ist, ob eine derartige Verwertung überwiegend wahrscheinlich ist. Künstlerische Werke können im Gegensatz zu einer künstlerischen Darbietung jederzeit von einem Museum, einem Sammler oder einem anderen Galeristen im Inland verwertet werden (vergleiche auch Nordhausen in Finke/Brachmann/Nordhausen Kommentar zum [KSVG Â§ 25](#) Rn. 99). Darüber hinaus handelt es sich bereits deshalb nicht um Auslandsgeschäfte, weil maßgeblich vielmehr die Vertrags- und Geschäftsbedingungen des Galeristen, d. h. der Klägerin, sind. Die Vertrags- und Geschäftsbedingungen der Klägerin, die ihren Sitz in Deutschland hat, haben Inlandsbezug (vergleiche auch Nordhausen in Finke/Brachmann/Nordhausen Kommentar zum [KSVG Â§ 25](#) Rn. 99).

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 197a Absatz 1 S. 1 SGG](#) i.V.m. [Â§ 161 Abs. 1 VwGO](#), [Â§ 154 Abs. 1 VwGO](#).

Erstellt am: 20.08.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024